

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlag: A. S. Meyer & Co., Dresden, L. 1, Marienstraße 18/19, Fernruf 21241. Postfach 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schöffenamtes beim Oberverwaltungsamt Dresden.

Verlag: A. S. Meyer & Co., Dresden, L. 1, Marienstraße 18/19, Fernruf 21241. Postfach 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schöffenamtes beim Oberverwaltungsamt Dresden.

Verlag: A. S. Meyer & Co., Dresden, L. 1, Marienstraße 18/19, Fernruf 21241. Postfach 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schöffenamtes beim Oberverwaltungsamt Dresden.

Hodza will alle Fehler wieder gutmachen

Eingeständnisse zur Lage der Sudetendeutschen

London, 26. Februar.

In einer Unterredung mit dem Prager Sonderberichterstatter des „Daily Telegraph“ befaßte sich der tschechoslowakische Ministerpräsident Hodza mit den neuen „Zustandnissen“ der tschechischen Regierung an die deutschen Minderheitsparteien, die mit der Regierung zusammenarbeiten. Hodza gab offen zu, daß die Regierung bisher in der Behandlung der Minderheiten Fehler begangen habe. Er behauptete jedoch, daß das tschechoslowakische System das großzügigste (?) in Europa sei, und erklärte, alle Fehler wieder gutmachen zu wollen.

Englische Außenpolitik

So macht man heute in England Außenpolitik: Der Regus ist zwar ein toller Mann; man hat ihn im Stich gelassen und sich mit den Tatsachen abgefunden. Das hindert das Foreign Office jedoch nicht, den gewesenen Kaiser von Mexiko in aller Höflichkeit offiziell zu den Krönungsfeierlichkeiten in London einzuladen. Eine moralische Handlung, für die alle Welt eigentlich volles Verständnis zeigen müßte — doch die Herren Außenpolitiker in Whitehall, Italien dagegen macht so Außenpolitik: Der für die Krönungsfeierlichkeiten auserwählte Vertreter Gale Selassie wird als Aufrührer und Bandenführer gefangen genommen und hingerichtet. Eine ebenso postwendende wie deutliche Antwort, gegen die man in London kaum etwas einwenden kann. Wir müßten in diesem Beispiel eine tiefere Bedeutung sehen. Es bildet einen ausgezeichneten Anschauungsunterricht für die grundlegenden Unterschiede zwischen einer nebelhaft-verstiegenen und einer wirklichkeitstrennen Außenpolitik. Es gab einmal eine Zeit, in der England für sich in Anspruch nehmen konnte, vorbildliche Realpolitik zu treiben. Die Mittel dieser Politik waren nicht immer ganz einwandfrei, dafür aber erfolgreich. Andere wußten sofort, woran sie waren. Heute hat die britische Außenpolitik den Nimbus des gesunden Menschenverstandes längst verloren. Er ist auf die Politik anderer Staaten übergegangen, die man gern als faktisch bezeichnet. Nicht Überheblichkeit, sondern nüchterne Tatsachen berechnen zu der Feststellung, daß das Gesicht des Damokles heute nicht mehr von London und Paris bestimmt wird, sondern von Berlin und Rom. Konstruktive Politik wird seit einigen Jahren in erster Linie von Hitler und Mussolini gemacht; das klingt nach Eigenliebe und mangelnder Selbstkritik, ist aber eine Erkenntnis, die sich bei urteilsfähigen Betrachtern immer mehr durchsetzt. Das endgültige Urteil soll deshalb ruhig der Geschichte überlassen bleiben.

Wenn die englische Außenpolitik eine rein britische Angelegenheit wäre, hätten wir keinerlei Veranlassung, irgendwelche Werturteile über sie abzugeben. Man weiß, daß England immer an das Weltreich denkt, wenn es von der Nordsee oder von Hongkong, von Jaserstoffpreisen in Manchester oder kollektiver Sicherheit in Westeuropa spricht. Das ist kein gutes Recht, das wir ihm zu allerletzt streitig machen wollen. Seit dem Ende des Weltkrieges gefällt sich England jedoch in der Rolle eines sorgenvollen Schulmeisters, das heute diesem und morgen jenem Staat mehr oder minder gute Ratschläge erteilt. In Downing Street fühlt man sich für Europa verantwortlich und meint immer wieder, daß es England als seine höchste Aufgabe betrachte, den Frieden in diesem Teile der Welt zu fördern. Wer sich eine solche Rolle anmaßt, der muß sich auch gefallen lassen, daß man in anderen Staaten sein Tun etwas eingehender betrachtet und sich zuweilen weigert, gewisse englische Erkenntnisse als Gebote aus einer besseren Welt hinzunehmen. Wer noch Schulmeister sein will, wenn Knaben zu Männern geworden sind, der wird des Bitteren eine unglückliche Figur abgeben, zumal wenn ihm gewisse Voraussetzungen zu einem solchen Amt durchaus fehlen.

Diese englische Außenpolitik, die seit einigen Jahren von Mr. Anthony Eden repräsentiert wird, steht augenblicklich mitten in einer schweren Krise. Sie hat den Boden unter den Füßen verloren und operiert im luftleeren Raum. So kommt es, daß sich die englische Öffentlichkeit immer wieder aufleert, wenn die anderen Mächte die so gutgemeinten Londoner Ratschläge ablehnen. In steigendem Maße begreift man sich jetzt in England Gedanken an machen, wie es zu dieser Krediteinbuße gekommen ist. Erwiderungen darüber sind bereits in die Öffentlichkeit gedrungen und bilden nicht nur ein Hauptgesprächsthema in den Klubs, sondern haben sogar im Parlament an bemerkenswerten Auseinandersetzungen geführt. Es dämmert die Erkenntnis, daß Englands Politik der letzten Jahre eine Politik des „Sowas auch“, eine Politik der Halbheiten und der verpackten Gelegenheiten gewesen ist. Die gigantische Aufrüstung, die jetzt in die Wege geleitet wird, ist nicht anderes als das notwendige Ergebnis einer Außenpolitik, die weder heiß noch kalt ist. Während die Weltlage entschlossene Maßnahmen und großzügige Planungen verlangte, fand man in London Gefallen an einem System, das ebenso reich war an Kleinigkeiten als an unangebrachter Bevormundung, wie es ihm an Weitblick und Tatgefühl mangelte. In England beginnt man jetzt nach dem Warum dieser Politik zu forschen. So fragte im Oberhaus der zur Arbeiterpartei gehörende Lord Arnold nach dem Sinn der sogenannten kollektiven Sicherheit, die doch einen vernünftigen Beschluß nach dem anderen erlitten hat und deren Scheitern von dem Ministerpräsidenten Baldwin und dem Verteidigungsminister Inskip offen zugegeben worden ist. Der Lord fragte weiter, weshalb man im Foreign Office eigentlich Deutschland immer das Schlechteste und Frankreich immer das Beste zurzeit. Sein Peerskollege Rouni Temple von der konservativen Seite des Hauses wollte gern wissen, weshalb man die deutschen Abwehrungsangebote abgelehnt hat und weshalb man die kommunistische Weltanschauung nicht sehen will. Diese Au-

Er sei bereit, voll mit der Sudetendeutschen Partei auf der Grundlage der bestehenden demokratischen Verfassung zusammenzuarbeiten. Auf dem Gebiete der Erziehung befaßt die deutschen Bürger der Tschechoslowakei bereits Erleichterungen, die weit über das hinausgehen, wozu sie auf Grund ihres prozentualen Verhältnisses zur Gesamtbevölkerung berechtigt seien. Die deutschen Volksleute hätten jedoch einen wirklichen Grund zur Beschwerde, denn ihre Behandlung sei, was staatliche Anstellungen anlangt, nicht anständig gewesen. Nur auf dem Erziehungsbereich und postallgemein Gebiete seien sie entsprechend vertreten. Im Eisenbahnbereich und in der Finanz seien sie jedoch kaum mit 2 v. D. und auf anderen Gebieten mit noch weniger vertreten. Er, Hodza, habe den tschechischen Nationalisten erklärt, daß es zu der moralischen Bereicherung des Staates führen würde, wenn man zwei Klassen, die der Tschechen und die der Deutschen, schaffen würde. Man habe ein großzügiges Verständnis für die Lage gezeigt, die sich aus der geplanten Ernennung von Deutschen für die Verwaltung von freien Staatsstellen ergebe. Für gewisse Posten müsse man jedoch der absoluten Loyalität der Kandidaten gewiß sein.

Der Berichterstatter wies dann darauf hin, daß sein Volk sich vor kurzem beklagt habe, daß seine Partei von jeder Zusammenarbeit mit der Regierung ausgeschlossen sei. Hodza erwiderte, er wolle keine Partei von der Zusammenarbeit ausschließen, wenn sie sich offen auf die Grundlage des parlamentarisch-demokratischen Systems und der gegenwärtigen Verfassung stelle und alle totalitären Ziele ablehne. Die Deutschen müßten ihre Bestrebungen diesen unabänderlichen Grundgesetzen anpassen. Wenn sie dazu bereit seien, dann sei der Weg offen zu einer völligen Verständigung. Er sei auch optimistisch genug, seine Politik für die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit aller Donauraumstaaten einschließlich Deutschlands weiter zu verfolgen. Ihre Verwirklichung

würde die vollste Garantie für den Frieden in Mitteleuropa sein.

Diese Eingeständnisse des tschechischen Ministerpräsidenten sind bemerkenswert. Sie sind nicht ganz frei von Widersprüchen. So ist die Behauptung Hodzas, daß das Prager Minderheitensystem das großzügigste Europas sei, wohl nicht ganz ernst zu nehmen, denn der Ministerpräsident gibt ja selbst eine lange Liste der Veräußerungen und Ungerechtigkeiten in der Behandlung der Sudetendeutschen. Wenn dem Staatswohl der Tschechen und Slowaken, insgesamt 8,7 Millionen Menschen, 2,8 Millionen Sudetendeutsche gegenüberstehen und diese geschlossene Nationalität in den öffentlichen Stellen nur mit 2 Prozent und noch weniger vertreten ist, so kann von Großzügigkeit nicht mehr die Rede sein. Auch die Voraussetzungen, die Hodza für eine Zusammenarbeit mit der Sudetendeutschen Partei nennt, enthalten Unklarheiten. Die Sudetendeutsche Partei ist nun einmal etwas anderes als eine Parlamentariergruppe, sie ist eine Volksbewegung, die sich dem demokratisch-parlamentarischen System und der tschechischen Staatsverfassung nur insoweit unterordnet, wie es die ewigen Rechte und Freiheiten eines Volkes, für die sie kämpft, gestattet. Das Wort von den „totalitären Zielen“, von denen sich Kleinlein loslagern soll, ist unklar. Kleinlein und seine Bewegung leben in der deutschen Bevölkerung in der Tschechoslowakei ein geschlossenes Volkstum, das in seinen politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Ansprüchen denjenigen Totalitätsanspruch erhebt, der einer Volkseinheit von dieser Größe und Bedeutung zukommt. Die Volkshat der tschechischen Regierungsbürokraten wird wohl, die Erfahrung zwingt jedoch, ihnen erst dann Glauben zu schenken, wenn sie in Taten umgewandelt wird. Dieser Vorbehalt wird verfehlt durch die jüngste Erklärung eines Sprechers der nationaltschechischen Opposition, der mit brutaler Offenheit anfügte, daß sich die Opposition, wenn sie einmal die Regierung bildet, an keinerlei Zugeständnisse gegenüber den Sudetendeutschen gebunden fühlen wird.

Noch ein Reichsdeutscher in der Sowjetunion verhaftet

Wegen „staatsfeindlicher Propaganda“ - Kein Ende der Deutschenverfolgungen

Berlin, 26. Februar.

Der seit 1931 in der Sowjetunion dienstlich tätige deutsche Reichsangehörige Dipl.-Ing. Franz Schürer wurde am 22. Februar in Leningrad unter der nachgerade schon fast zum bekanntesten Beschuldigung staatsfeindlicher Propaganda verhaftet. Damit erhöht sich die Zahl der in den letzten Monaten in der Sowjetunion verhafteten Reichsdeutschen auf 14. Die Erwartung, daß die Verhaftungswelle und die damit zusammenhängende Deutschenverfolgung in der Sowjetunion nach dem künftigen Ergebnis der bisherigen Schauprozesse zu Ende gehen würde, scheint sich demnach nicht zu verwirklichen.

Juden machen die Sowjet-Außenpolitik

Berlin, 26. Februar.

Der „Nachrichtendienst der Anti-Komintern“ veröffentlicht eine Liste der jüdischen Beamten des sowjetrussischen Außenministeriums, die folgende Namen enthält:

Volkskommissar: Finkelstein-Winow; **Generalsekretariat:** Untergeneralsekretärin: Schmotz-Bronskaja; **Protokoll:** Stellvertreterin Leiter: Wolf, Sekretärin: Burkein; **Politisches Archiv:** Vize-Direktorin: Morshin; **Erste politische Abteilung:** Direktor: Berjelow, Vize-Direktor: Jilinski; **Zweite politische Abteilung:** Direktor: Stern, Vize-Direktoren: Belchankow, A. Jazowlewitsch, Lewin, Referentin für deutsche Angelegenheiten: Kanter, Referentin: Datoischkaja, Vera Jzralterona; **Dritte politische Abteilung:** Direktor: Neumann, Vize-Direktor: Weinberg, Referent für großbritannische Angelegenheiten: Selans, Referentin für italienische Angelegenheiten: Rine, E. Jazowna; **Erste politische Abteilung:** Direktor: Jandermann, Referent für türkische Angelegenheiten: Gurewitsch, Vize-Direktorin: Halperin; **Zweite politische Abteilung:** Vize-Direktor: Smirnow-Fregowitsch, M. Samuilowitsch, Referent für finnische Angelegenheiten: Warmorstein, Vize, Jazow; **Dritte politische Abteilung:** Vize-Direktor: Wolzka, M. Koramowitsch, Juristischer Rat: Blumenfeld, Referent:

Duman; J. Sawallewitsch; Wirtschaftsabteilung: Direktor: Rosenblum, Vize-Direktor: Morshin, Referent: Grinjom, M. Jilinski; **Konsularabteilung:** Rat: Seredrenn, Benjamin, Referent: Armitshkaja, Vera Jazowlenona, Eitel, Sobot; **Presse- und Informationsabteilung:** Vize-Direktor: Aironow, Referent: Jazowshewitsch, M. Jessimowitsch, Robinson, Trolanker, Grinkeln, Juppina; **Verwaltungsabteilung:** Leiter: Saslawski, Rat: Jalkin; **Kaderabteilung:** Direktor: Saslawski; **Finanzabteilung:** Direktor: Martinson, Jazow Martinowitsch; **Ärztliche Bundesrepublik:** Bei der Großrussischen Sowjetrepublik: **Diplomatische Agenten:** in Leningrad: Weinkein, in Alma-Ata: Rose, in Wladowitsch: Neumark, J. Woltschewitsch; bei der Transkaukasischen Sowjetrepublik: Delegierter: Starl, Leonid; bei der Turkmeneischen Sowjetrepublik: Delegierter: Borisow, Solomon, Stellvertreter: Schereshewitsch, J. Jazowitsch; bei der Usbetschen Sowjetrepublik und der Tadshikischen Sowjetrepublik: Delegierter: Einborn, Jazow. Bei einer Reihe weiterer Beamter ist die jüdische Abstammung wahrscheinlich.

Das sowjetrussische Volkskommissariat für die auswärtigen Angelegenheiten hat mitten weniger als 47 jüdische Beamten an leitenden Stellen. Der Volkskommissar selbst ist ein Jude, sein Stellvertreter Kreftskil mit einer Jüdin verheiratet. Die acht wichtigsten Abteilungen werden von Juden geleitet. In den weniger verbleibenden Abteilungen sind mindestens die stellvertretenden Leiter. Der gesamte übrige Staff von Beamten und Angestellten ist durch und durch jüdisch. Das bedeutet, daß die sowjetische Außenpolitik von Juden gemacht wird und jüdischen Juden dient. Die tatsächliche Einheit von Bolschewismus und Juden-tum wird damit aufs Klarste bewiesen.

Oesterreichischer Ministerrat über den Reichstags-Beschl. Unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers Dr. Schuschnigg trat am Freitag ein Ministerrat zusammen, der sich in erster Linie mit dem Beschluß des Reichstages über den Reichstags-Beschl. beschäftigte. In der gleichen Sitzung beriet der Finanzminister Dr. Neumayer über seine Domäne.